



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Lünen

Resolution

An den
Bürgermeister der Stadt Lünen
Herrn Jürgen Kleine-Frauns

Lünen, 06.05.2020

Rathaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeistern,

die SPD-Fraktion bittet um Aufnahme der folgenden Resolution für die Ratssitzung am 25.06.2020:

Begründung:

Die finanzielle Lage der Kommunen verschlechtert sich durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie rasant. Die Ausgaben steigen massiv an und die Einnahmen brechen weg. Gewerbesteuer und die kommunalen Anteile an Gemeinschaftssteuern, Gebühren und Entgelten sowie das Finanzausgleichsvolumen der künftigen Jahre sind von den Ausfällen betroffen. Zukünftig sind durch Kurzarbeit und Entlassungen auch Einbußen bei der Einkommensteuer zu erwarten. Parallel werden die Sozialleistungen steigen. Darüber hinaus fehlen den Kommunen Einnahmen durch ihre Bibliotheken, Schwimmbäder und Theater. Viele Kommunen – so auch Lünen - haben zudem die Hälfte der Kitagebühren für April und Mai erstattet.

Aus diesem Gründen bringen wir die untenstehende Resolution für den kommenden Stadtrat ein und hoffen auf große Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Haustein

Fraktionsvorsitzender



Fraktionsvorsitzender: Michael Haustein



RESOLUTION DES RATES DER STADT LÜNEN

ZUR

ERHALTUNG DER KOMMUNALEN HANDLUNGSFÄHIGKEIT – KOMMUNEN UND KOMMUNALE UNTERNEHMEN UNTER DEN RETTUNGSSCHIRM

Die Corona-Pandemie, ihre Bekämpfung und die sich daraus ergebenden Folgen werden zu allererst in den Kommunen relevant. Die Kommunen sind – wie in so vielen Politikbereichen – auch im Gesundheitsschutz das Fundament und die Stützen unseres Landes. Die Kommunen stehen nun vor großen Herausforderungen, die sich aus der krisenhaften Situation ergeben.

Die Kommunen in NRW haben in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen – teilweise auch mit Hilfe des Stärkungspakt Stadtfinanzen – um ihre Haushalte auszugleichen und ihre hohen Kassenkredite abzubauen. Unterstützt wurden sie dabei durch eine gute Konjunkturlage und positive Steuereinnahmen. Dieses Bild dürfte sich bald dramatisch verändern. Besonders NRW ist von dieser Lage betroffen, und zwar nicht nur im Ruhrgebiet und dem Bergischen Land.

Angesichts der nunmehr zurecht erleichterten Möglichkeit Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer zu stunden, von der viele betroffenen Unternehmen Gebrauch machen müssen, ist zu befürchten, dass Kommunalhaushalte flächendeckend unter Druck geraten.

Es rächt sich jetzt, dass große Probleme im Bereich der Kommunalfinanzen durch die Landesregierung nicht angegangen und eine Lösung verschleppt wurde. Die Kommunen tragen weiterhin über 70% der Kosten für die Geflüchtetenversorgung, genauso wie es keine Lösung für die drängende Altschuldenproblematik gibt.

Angesichts der eingebrochenen Nachfrage in vielen Wirtschaftsbereichen ist von nachhaltigen Einbrüchen der Steuereinnahmen der Kommunen auszugehen. Die Einkommensteueranteile, die Anteile an der Umsatzsteuer und insbesondere die Einzahlungen aus der Gewerbesteuer werden deutlich absinken. Für unsere Kommunen gibt es jedoch keine Handlungsspielräume diese Einnahmeverluste auszugleichen.



Fraktionsvorsitzender: Michael Haustein



Resolution

Viele kommunale Unternehmen stehen vor einer existenziellen Bedrohung. Überdies hat die Lage der Kommunen harte Folgen für die Wirtschaft, weil die Kommunen als größter öffentlicher Investor deutlich weniger investieren oder sogar gänzlich ausfallen.

Auch über den kommunalen Finanzausgleich werden die Kommunen mittelbar durch wegbrechende Steuereinnahmen in Folge der Corona-Krise geschädigt. Sinkt das Steueraufkommen insgesamt, sinkt auch die Summe der Verbundsteuern an denen die Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) mit 23 Prozent beteiligt werden.

Gleichzeitig werden sich die Kommunen steigender Kosten ausgesetzt sehen, auf deren Höhe sie keinerlei Einfluss haben. Insbesondere im Gesundheitsbereich und der Sozialkosten ist mit steigenden Ausgaben zu rechnen. Kommunale Unternehmen sind ebenso von der Krise betroffen und werden über die Kommunen zu stützen sein. Kommunale Einrichtungen wie Schwimmbäder, Bibliotheken oder Theater und Museen können derzeit keinerlei Deckungsbeitrag zu den weiterlaufenden Kosten erwirtschaften.

Der Landtag hat in seltener fraktionsübergreifender Einmütigkeit am 24. März 2020 einen Nachtragshaushalt und einen Rettungsschirm („Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“) beschlossen, mit dessen Hilfe 25 Milliarden Euro zur Abfederung der Corona-Folgen eingesetzt werden sollen.

Das Land will sich des geschaffenen Sondervermögens auch bedienen, um eigene Steuermindereinnahmen des Landes auszugleichen. Die Kommunen brauchen eine gleichgeartete Möglichkeit sich ihre finanziellen Handlungsmöglichkeiten zu erhalten.

Genau diese finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen, die jetzt krisenbedingt verlorenzugehen droht, wird zur Überwindung der Krise aber dringender benötigt denn je. Die Kommunen stellen den größten öffentlichen Auftraggeber in NRW dar. Ihr Auftragsvolumen trägt in nicht unwesentlichem Maße zur wirtschaftlichen Nachfrage bei nordrhein-westfälischen Unternehmen bei. In Zeiten wegbrechender wirtschaftlicher Nachfrage gilt es das Auftragsvolumen der Kommunen in größtmöglichem Umfang zu erhalten, um die Unternehmen nicht zusätzlich unter Druck zu setzen, sondern positive wirtschaftliche Impulse zu setzen.



Fraktionsvorsitzender: Michael Haustein



Resolution

Gerade jetzt sind auch die Kommunen gefordert, mit gezielten Maßnahmen den von der Krise in existenzgefährdender Weise betroffenen Menschen, Unternehmen, Freiberuflern und Soloselbständigen in allen Bereichen unserer Wirtschaft, insbesondere auch in den für unsere Innenstädte und Stadtteilzentren strukturell bedeutsamen Bereichen des stationären Einzelhandels und der Gastronomie, aber auch z.B. den Kulturschaffenden und Vereinen zu helfen.

Wenn dies nicht gelingt, werden sich unsere örtliche Gesellschaft, unser Wirtschaftsleben vor Ort und unsere Innenstädte und Stadtteilzentren in dramatischer Weise negativ verändern.

Vor diesem Hintergrund brauchen die Kommunen eine echte Förderung und nicht lediglich haushaltsrechtliche Erleichterungen oder weitere Schulden, die den ohnehin übergroßen Schuldenberg der Kommunen zusätzlich erhöhen.

Konkret fordern wir die Landesregierung dazu auf, folgende Maßnahmen vorzunehmen:

- Mittel aus dem Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise zur Kompensation kommunaler Steuerausfälle zur Verfügung zu stellen.
- Kommunale Unternehmen in den Rettungsschirm des Landes einzubeziehen.
- Die in den Kommunen zusätzlich benötigte Liquidität sicherzustellen und in diesem Zusammenhang auch die Altschuldenfrage endlich zu klären.
- Den Verbundsatz für den kommunalen Finanzausgleich zu erhöhen.
- Die vollständige Übernahme der Kosten für die Aussetzung der Betreuungsgebühren.

In dieser schweren und nie dagewesenen Zeit kommt es auf ein Zusammenspiel der politischen Kräfte aller staatlichen Ebenen an, um den Wohlstand, den Fortschritt und den sozialen Frieden im Land zu wahren und zu mehren. Die Corona-Krise darf nicht zur Verschärfung der gesellschaftlichen Folgen ungleicher Lebensverhältnisse in den Kommunen beitragen und somit zur weiteren Spaltung unserer Gesellschaft sowie der kommunalen Familie führen.



Fraktionsvorsitzender: Michael Haustein



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Lünen

Resolution

Die unterzeichnenden Ratsfraktionen der Stadt Lünen
Lünen, der 25. Juni 2020

Für die SPD-Fraktion

Michael Haustein
Fraktionsvorsitzender

Für die CDU-Fraktion

Christoph Tölle
Fraktionsvorsitzender

Für die GfL-Fraktion

Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Eckhard Kneisel
Fraktionsvorsitzender

Für die FDP-Fraktion

Dr. Roland Giller
Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion Die Linke

Sandra Dee-Schülken
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion Piraten / Freie Wähler Lünen

Gabriele zum Buttell
Fraktionsvorsitzende



Fraktionsvorsitzender: Michael Haustein